

Gerade hat Russland den sieben Jahrestag der Annexion der Krim groß gefeiert. Der sogenannten „Rückkehr in den Heimathafen“ der ukrainischen Halbinsel war am Donnerstagabend ein Konzert vor Zehntausenden im Moskauer Luschniki-Stadion gewidmet, mit einem der seltenen öffentlichen Auftritte von Präsident Wladimir Putin. Das Staatsfernsehen feierte Entwicklungen auf der Krim etwa im Straßenbau. Es verlor kein Wort über Probleme wie Enteignungen und die Verfolgung von Annexionsgegnern als „Terroristen“. Eine andere Schwierigkeit, die Energieversorgung der Halbinsel, bezeichnete Putin selbst als gelöst. Doch dem wichtigsten Problem der Krim widmeten sogar Putin und sein Staatsfernsehen viel Zeit: dem katastrophalen Wassermangel.

Bis 2014 deckte die Krim, wo mehr als zwei Millionen Menschen leben, 85 Prozent ihres Süßwasserbedarfs über den Nord-Krim-Kanal. Seit den siebziger Jahren brachte er Wasser aus dem Fluss Dnjepr auf die Halbinsel. Nach der Annexion verringerte Kiew die Wasserzufuhr und verschloss 2017 den Kanal mit einem Damm, der jedoch geöffnet werden könnte. In Kiew wurde argumentiert, dass man die Besatzer auf der zur Festung ausgebauten Krim nicht auch noch mit Wasserlieferungen unterstützen könne; außerdem wurde ins Feld geführt, dass die Krim das Wasser für 2013 noch nicht bezahlt habe. Neue Versuche, sich auf Lieferungen zu einigen, scheiterten.

Die russischen Machthaber haben es nicht vermocht, ausreichenden Ersatz für das Wasser aus dem Dnjepr zu schaffen. Hinzu kam eine Dürre in den vergangenen drei Jahren. Stauseen trocknen aus, der Grundwasserspiegel sinkt, Böden versalzen. Die Landwirtschaft musste umstellen, etwa Weizensorten anbauen, die wenig Wasser benötigen; Gurken und Tomaten werden nun aus der Türkei oder Aserbaidschan importiert. Viele Bauern bohren eigene Brunnen, was das Problem verschärft. Eine weitere Einnahmequelle der Krim ist Tourismus mit rund sechs Millionen Besuchern im Jahr – aber auch er verschärft die Wasserknappheit. Auch die Bewohner leiden. Wasser aus der Leitung gibt es vielerorts nur zeitweise, etwa morgens und abends je drei Stunden. Bewohner beschreiben die Flüssigkeit, die aus der Leitung kommt, oft als bräunlich und unbrauchbar. In der Hauptstadt Simferopol und Umgebung erschienen Zisternen, deren Wasser unbedingt abzukochen ist. Im vergangenen September ließen die Machthaber auf der Krim für viel Geld Silberiodid in Wolken schießen, um Regen hervorzurufen; das Ergebnis blieb unklar.

In Russland wird die Entscheidung des sowjetischen Staats- und Parteichefs Nikita Chruschtschow von 1954, die Halbinsel von der Russischen auf die Ukrainische Sowjetrepublik zu übertragen, meist als Trunkenheitslaune abgetan. In Wirklichkeit gaben damals Gründe wie die wirtschaftliche Anbindung und die Energieversorgung über die direkt angrenzende Ukraine den Ausschlag. Jetzt ist man in Moskau bemüht, Lösungen für „das schärfste Problem“ (Putin) der Krim zu präsentieren. Stolz wurde ein neues Wasserentnahmewerk am Fluss Belbek vorgeführt, das Spezialisten des Militärs bauten. Das Wasser daraus soll helfen, die Stadt Sewastopol zu versorgen. Russland will außerdem Grundwasser unter dem Asowschen Meer anzapfen, einem Nebenmeer des Schwarzen Meers; Mitte April

Keiner impft wie Bibi

Israel wählt schon wieder – für Ministerpräsident Netanjahu sieht es gut aus / Von Jochen Stahnke, Jerusalem

Ihren Wahlkampf planen sie im elften Stock des Hotels „Jerusalem Garden“ hinter der Autobahnabfahrt. Trolleys voll aufgerollter Wahlplakate und Kisten mit T-Shirts stapeln sich in den Hotelzimmern. Seit Israel die Pandemie zurückgedrängt hat, sind auch die Hotels wieder offen. Ein grüner Pass ermöglicht Geimpften und Genesenen den Zutritt. In der Lobby überprüft der Portier keinen grünen Pass, es wird keine Temperatur gemessen, ebenso wenig wie anderswo im ganzen Land. Wozu auch noch? Die allermeisten Erwachsenen sind in Israel geimpft. Das öffentliche Leben beginnt wenige Tage vor der Parlamentswahl. Für den Straßenwahlkampf bleibt wenig Zeit, und Lust auf Wahl hat kaum jemand. Von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu abgesehen, der dafür gesorgt hat, dass Israel zum vierten Mal binnen zwei Jahren wählt. Seine Chancen stehen gut, am Dienstag gegen eine zersplitterte Opposition zu gewinnen, zumindest nicht von der Macht vertrieben zu werden. Die letzten Umfragen geben weder dem Block für noch dem gegen Netanjahu eine Mehrheit.

„Wir sind nah am Unentschieden“, sagt Yael De-Lange in ihrem zum Büro umfunktionierten Hotelzimmer. In Jerusalem führt De-Lange 500 Aktivistinnen der Jesch-Atid-Partei in den Wahlkampf. De-Lange sagt, das heiße, keine der beiden stärksten Parteien werde genug Koalitionspartner finden, um eine Regierung zu bilden. Allein wird es ohnehin niemand schaffen: Netanjahus Likud liegt bei 25 Prozent, Jesch Atid bei gut 15 Prozent. Ein Dutzend Parteien könnten es über die 3,25-Prozent-Hürde schaffen. Das deutet auf lange Koalitionsverhandlungen ohne konkrete Machtoption hin und, falls die Frist zur Koalitionsbildung verstreicht, auf eine neuerliche, fünfte Wahl im Sommer. Während der ganzen Zeit bliebe der in drei Korruptionsfällen angeklagte Netanjahu im Amt.



Feier des Besatzers: Anhänger von Wladimir Putin am siebten Jahrestag der Annexion der Krim in Sewastopol

Foto AP

Die Krim trocknet aus

Der von Russland besetzten Halbinsel fehlt der Zugang zu ausreichend Trinkwasser. Kiew könnte Nachschub liefern. Aber es weigert sich.

Von Gerhard Gnauck, Warschau, und Friedrich Schmidt, Moskau

sollen Untersuchungen beginnen. Der russische stellvertretende Ministerpräsident Marat Chusnulin versprach Putin in einer Videoschalt, unter dem Asowschen Meer gebe es „riesige Reserven“ an Süßwasser. Auf der Krim selbst werde man bis Ende 2021 weitere 17 Brunnen ins Grundwasser bohren. Fachleute sehen dabei das Problem, dass diese Reservoirs bald ausgeschöpft werden und dass Meerwasser das Süßwasser ersetzen dürfte.

Ein Regierungsplan mit einem Volumen von mehr als 500 Millionen Euro ist vorgesehen, um Brunnen zu bohren, Wasserleitungen zu reparieren und vor allem um Meerwasserentsalzungsanlagen zu errichten. Letztere gelten als große Hoffnung. Aber dagegen machen sich die Bewohner stark, die der Qualität des Wassers misstrauen und Folgen für die Umwelt fürchten. Der Wasserversorgungsfachmann Viktor Danilow-Daniljan von der Russischen Akademie der Wissenschaften warnte vor der überlegten Planung von Entsalzungsanlagen, für die Russland nicht genug Spezialisten habe, und vor einer Zerstörung des Ökosystems. Westliche Spezialisten dürften an solchen Bauvorhaben auf der Krim sanktionsbedingt nicht mitwirken. All diese Schwierigkeiten haben Russland immer wieder zu wütenden Äußerungen über Kiew veranlasst. So sprach Außenminister Sergej Lawrow am Donnerstag gegenüber einem nach Moskau gereisten Vertre-

ter der Parlamentarischen Versammlung des Europarats von einer „Wasserblockade der Krim als humanitärem Verbrechen und kollektiver Bestrafung der Bevölkerung der Halbinsel“.

Die Ukraine steht ihrerseits vor der Frage, ob sie die Wasserblockade aufrechterhalten, als Geste an die Krim-Bevölkerung beenden oder in ein Verhandlungspaket über die russisch-ukrainischen Konfliktfelder einbringen soll. Politiker wie Regierungschef Denys Schmyhal hatten mehrfach angeregt, flexibler zu sein, waren jedoch auch auf Kritik im Land gestoßen. „Es gibt in der Wasserfrage keine einfache Lösung“, sagte die stellvertretende Ministerpräsidentin der Ukraine, Olga Stefanischyna, am Freitag anlässlich des Deutsch-Ukrainischen Wirtschaftsforums in Berlin. „Nach dem Völkerrecht ist es jedoch die Verantwortung Russlands, die Bedürfnisse der Menschen auf dem annektierten Gebiet zu decken.“ Stefanischyna zufolge waren die Probleme rund um die Krim in Berlin Gegenstand aller Gespräche mit deutschen Politikern.

Die Ukraine versucht, das Thema stärker zu internationalisieren. Zum Jahrestag der Annexion haben die Außenminister der G-7-Staaten und die EU in einer Erklärung „Russlands fortgesetzte Aktionen mit dem Ziel, die Souveränität, territoriale Integrität und Unabhängigkeit zu untergraben“, gemeinsam verurteilt. Man unterstütze diese Werte mit Blick auf „die

Ukraine in ihren international anerkannten Grenzen“. Russlands „vorübergehende Besetzung“ der Krim werde keine Anerkennung finden. Russland müsse auch die Menschenrechte der Bevölkerung dort, darunter die der Krimtataren, respektieren und widerrechtlich Inhaftierte freilassen. Auch begrüßen die G-7-Minister die Initiative des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, ein Gesprächsformat namens „Krim-Plattform“ zu schaffen. Mit einem Gipfeltreffen mehrerer Staaten in Kiew am 23. August soll die Plattform gegründet werden. Bisher wird die Krim-Frage vom Konflikt im Donbass getrennt behandelt und ist nirgendwo Verhandlungsgegenstand.

Leonid Krawtschuk, Kiews Chefunterhändler in den laufenden Minsker Verhandlungen über die umkämpfte Donbass-Region im Osten der Ukraine, erinnert jetzt an die immer stärkere Militarisierung der besetzten Halbinsel und bekräftigte: „Die Ukraine wird nicht einfach so Wasser auf die Krim liefern.“ Man wisse ja nicht, ob es in den Bewässerungsanlagen oder in den militärischen Betrieben laude. Die Wasserfrage, so der einstige Präsident der Ukraine, könne Russland zu „neuen Angriffen oder aggressiven Akten“ verleiten, etwa dazu, eine Art Korridor tiefer ins ukrainische Festland zu erobern. Doch zu Wasserlieferungen zwingen lasse sich das Land auf diese Weise nicht.

Hürde zu heben. Otzma Jehudit tritt für die Vertreibung von „nicht loyalen“ Palästinensern und arabischen Israelis und für die vollständige Annexion des besetzten Westjordanlandes ein.

Streit über Subventionen für die Ultraorthodoxen

Wenn es mit Otzma Jehudit, den bisher treuen Ultraorthodoxen und der Rechtsparität Jamina reicht, deren Vorsitzender Bennett einst Büroleiter Netanjahus war, dann dürfte es eine Mehrheit für Netanjahu geben. „Bibi würde Bennett alles dafür geben, was er will“, sagt der Likud-Mann. Bennett hat sich noch nicht erklärt und könnte Zünglein an der Waage spielen. Und da der Korruptionsprozess gegen Netanjahu noch mindestens drei Jahre weitergehe, spiele dieser keine Rolle, heißt es. Bennett hat ausgeschlossen, unter Lapid zu dienen, gleichzeitig aber versprochen, kein Gesetz zu unterstützen, das Netanjahu Straffreiheit verschaffen würde. Lapid wiederum hat erklärt, sich auch einem anderen Ministerpräsidenten unterzuordnen, sofern dieser nicht Netanjahu heiße. Denn der plane eine „rassistische Regierung der Dunkelheit“, so Lapid. „Eine Regierung, die das Geld der arbeitenden Bevölkerung nimmt und an die verteilt, die nicht arbeiten.“ Lapid meint die in Israel rasant wachsende ultraorthodoxe Bevölkerung, die massive Subventionen durch den Staat erhält. Er selbst verspricht eine „normale, anständige, funktionierende Regierung“.

Netanjahu verkündet, nach den Impfungen die Wirtschaft in Gang zu bringen. Er verweist süffisant auf einen Satz Lapid, den dieser im Herbst gesagt hatte: „Im Januar wird vielleicht eine Schachtel mit fünf Impfdosen ankommen, und der Rest kommt nach allen anderen hier an.“ Es kamen Millionen. Eigentlich sei es ihm egal, ob Bibi gewinne oder nicht, sagt ein junger Israeli bei Sonnenschein in Tel Aviv. Hauptsache, der Strafprozess gehe weiter.

BRIEFE AN DIE HERAUSGEBER

Männermacht tut nichts zur Sache

Zum Artikel „Demokratie, Nationalsozialismus und eine umgekehrte Dolchstoßlegende“ (F.A.Z. vom 17. März): Hedwig Richters Publikationen zum Kaiserreich und dessen Ort in der deutschen Demokratiegeschichte haben eine heftige geschichtspolitische Kontroverse ausgelöst. Man könnte den Anstoß, den sie gegeben hat, fruchtbar nennen, ginge es in der Debatte um die Frage nach Spielarten von Demokratie und um die Historizität von Demokratievorstellungen. Stattdessen aber beobachten wir einen Konflikt darüber, ob das Kaiserreich nach heutigen Maßstäben als „demokratisch“ (oder doch zumindest so demokratisch wie vergleichbare Staaten der Zeit) gelten sollte.

Fachwissenschaftlich dürfte diese Debatte recht unergiebig sein. Tatsächlich werden Richters Publikationen in der Fachcommunity deutlich skeptischer aufgenommen als von Teilen des politischen Feuilletons, was auf die – leicht erklärbar und für sich genommen auch nicht problematisch – unterschiedlichen Rezeptionslogiken zurückzuführen ist.

Nun hat Patrick Bahners zwei Historiker heftig kritisiert, die aus wissenschaftlicher Perspektive zu sehr kritischen Einschätzungen von Richters jüngstem Buch gelangt sind. Es ist das gute Recht von Bahners, für das Feuilleton ein eigenes Urteilsvermögen zu beanspruchen. Unverständlich aber ist

die Verve, mit der er Andreas Wirsching und Christian Jansen angeht. Geradezu irritierend sind Bemerkungen zum Amt Wirschings (als Direktor des Instituts für Zeitgeschichte „einer der mächtigsten Männer der Geschichtswissenschaft“) und seiner wissenschaftlichen Biographie („Schüler des Strauß-Biographen Horst Möller“). Wozu soll das dienen? Soll Richter, gut etabliert als ordentliche Professorin der Bundeswehr-Universität, vor dem „mächtigsten Mann“ in Schutz genommen werden? Was trägt der Verweis auf das Œuvre des Vorgängers zum Verständnis bei, was der Verweis auf die Finanzierung des Rezensionsorgans „Sehepunkte“ durch den Freistaat Bayern? Ärgerliche Insinuationen.

Liest man Wirschings Rezension, so wird man kaum umhinkommen, die Sorgfalt und Ausführlichkeit in der Begründung seiner Einwände anzuerkennen. Mit persönlichen Angriffen auf Hedwig Richter hat das nichts zu tun. Wenn die Fürsprecher von Richters Positionen keine besseren Argumente haben (die nicht durch Verweis auf einen Tweet, sie habe „doch vollkommen recht“, ersetzt werden können), dann dürften sie ihr einen Bärenstolz erweisen und die gerade erst begonnene geschichtspolitische Debatte rasch in eine Sackgasse führen.

PROFESSOR DR. GABRIELE METZLER, HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN, BERLIN

Im Wossidlo-Teuchert und anderswo

Leserbriefschreiber Engelbert Plassmann fragt in der F.A.Z. vom 13. März „Was ist ‚bräsig‘?“ auf den Kommentar von Jasper von Altenbockum „Reagieren reicht nicht“ (F.A.Z. vom 4. März) und hat in der F.A.Z. vom 18. März von Martin Bollacher schon eine Antwort bekommen („Der bräsig Gutsinspektor Bräsig“).

Hier sei noch der Griff zu einem der großräumigen Dialektwörterbücher des Deutschen empfohlen, die im Norden, Nordwesten und Nordosten der Bundesrepublik gesprochenen Mundarten dokumentieren.

Dafür in Frage käme etwa das Niedersächsische Wörterbuch, das in Bd. 2, S. 704 unter dem Lemma „bräsig“ als Hauptbedeutung „prahlerisch, protzig, herausfordernd“ anführt und dabei unter anderem auf das Lüneburger Wörterbuch, den „Kück“, verweist; dieser bietet in Band 1, Sp. 223 mit den Lemmata „bräsich“, „brössich“ die Bedeutungen „großtuerisch, sich aufspielend“. Auch das Schleswig-Holsteini-

sche Wörterbuch, der „Mensing“, kennt dieses Wort; er verzeichnet es in Band 1, Sp. 507 f. unter den Lemmata „bräsig“ und „braschig“ mit den Bedeutungsangaben „dummstolz“, „eingebildet“, „prahlerisch“, „protzig“. Unter dem Lemma „bräsig“ liefert das Mecklenburgische Wörterbuch, der „Wossidlo-Teuchert“, in Band 1, Sp. 1152 mit „kräftig, frisch, munter, wohlgenährt“ sowie „frisch, rot aussehend“ und „munter, herausfordernd“ eher positiv konnotierte Bedeutungsnuancen.

In der nicht nur aus norddeutscher Sicht höchst treffenden Wendung „bürokratische Bräsigkeit“ gehen die Bedeutungen „dummstolz“ und „sich aufspielend“ negativ konnotiert zusammen – in einem Urteil, das die meisten Leser des am 4. März erschienenen Kommentars „Reagieren reicht nicht“ von Jasper von Altenbockum nicht zuletzt wegen des durchaus gelungenen alliterierenden Wortgebrauchs wohl gut verstanden haben.

DR. BARBARA SCHEUERMANN, GÖTTINGEN

Eskalation des Zorns

Zu „Permanente Eskalation – Moskau Zorn über Deutschlands Hilfe für Nawalnyj trifft Diplomaten und Journalisten“ von Friedrich Schmidt (F.A.Z. vom 17. März): Das Dilemma der Regelgebundenheit deutscher Außenpolitik angesichts der russischen Eskalation des Zorns betrifft das freie Europa in einem Epochenwandel, der von hegemonialen Regelverletzungen autoritärer Herrschaften geprägt ist.

Die Causa Nawalnyj und der Fall Hongkongs sind ja nur aktuelle Beispiele dieser stehenden Welle ständiger Erschütterungen, die alle Illusionen von der Wandelbarkeit autoritärer Systeme beseitigt. Es gibt zwar die Hoffnung, dass der Ernst der Lage endlich verstanden wurde, seit am 20. Januar in den Vereinigten Staaten das Überleben der mächtigsten Demokratie am Abgrund stand. Aber ob am deutschen Rhein, wo einst eine mächtige römische Grenze verlief, dieser Wake-up-Call in seiner ganzen Bitterkeit verstanden wurde? Obwohl man gerade dort aus der Geschichte lernen könnte, nämlich vom altrömischen Tacitus.

Man darf ihm zwar keine Russland- oder China-Kennerschaft unterstellen, aber seine Analyse zu „Macht und Machenschaften“ in der römischen Außenpolitik lässt sich trotzdem direkt auf

heute übertragen. Er konnte auf eine 800-jährige erfolgreiche Republik zurückschauen, die bis dahin nie die Fähigkeit verloren hatte, aus schwersten Krisen sogar gestärkt hervorzugehen. Etwas musste Rom also richtig gemacht haben. Seine Analyse, geschrieben in der Germania und bis heute unwiderlegt, lautet: „Es ist ein Irrtum, zu glauben, dass man zwischen herrschsüchtigen und zugleich mächtigen Völkern in Ruhe dahinleben kann. Denn wo die Faust regiert, sind Mäßigung und Rechtlichkeit Worte, deren Auslegung der Stärkere bestimmt.“ (Cherusk, Kap. 36). Ersetzen wir den Begriff „Völkerschaft“ durch „autoritäre Machthaber“, so brauchen wir dieser prägnantesten Analyse aller Zeiten nichts mehr hinzuzufügen.

Regelgebundenheit, wohlverstanden als Rechtlichkeit und Mäßigung im Sinne der Menschenrechtscharta, muss mit der Kraft der Handlungsfähigkeit unterfüttert werden. Tacitus hatte sogar den Edelmut, dem ärgsten Feind Roms seit der Varusschlacht, dem Cheruskfürsten Arminius, ausdrücklich seinen persönlichen Respekt zu bekunden, gegenüber den laschen Zeitgenossen in seinem Rom (honi soit qui mal y pense angesichts moderner Armins unter den Nachfahren der Cherusker).

DR. ULRICH VON PETERSDORFF, BERLIN

Der Brexit betrifft mehr als die Wirtschaft

Zur Glosse „Brexit-Minus“ (F.A.Z. vom 13. März): Philip Plicker ist recht zu geben, wenn er schreibt, dass es für eine abschließende Bilanz des Brexits noch viel zu früh sei. Die Entscheidung der Briten, die EU zu verlassen, war von großer historischer Bedeutung und kann letztlich nur in historischen Zeiträumen beurteilt werden. Dass er sich am Ende seiner Ausführungen dann doch zu der Aussage entschließt, „am Ende werde ein Minus stehenbleiben“, erscheint mir so gesehen ziemlich waghalsig.

Wer kann denn wirklich heute schon ausschließen, dass es findigen und kreativen Unternehmern auf beiden Seiten des Kanals nicht doch gelingt, dass der Brexit auch wirtschaftlich ein gutes Ende nimmt? Aber auch aus ei-

nem anderen Grund halte ich den Begriff „Brexit-Minus“ als Überschrift unglücklich gewählt, denn der Brexit betrifft doch sehr viel mehr Lebensbereiche der Briten als nur die Wirtschaft. Vor dem Hintergrund des Impfstoffbeschaffungsdesasters durch die EU hat der Brexit beispielsweise vielen Briten das Leben gerettet, denn die Briten nahmen die Impfstoffbeschaffung selbst in die Hand, und das Impftempo in Großbritannien ist schon seit Wochen ungleich höher als in den Ländern der EU; dagegen sind die Zoll- und Abwicklungsprobleme in Dover Peanuts. Diese Erkenntnis mag vor allem für diejenigen bitter sein, die vor lauter Begeisterung für die EU nachts nicht mehr durchschlafen können.

WOLFGANG FLÜGEL, SEEHEIM-JUGENHEIM